

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 295 Jahrg. 215 für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich 12,36 — ohne Zustellgebühr, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zustellstellen entgegen.
Morgen-Ausgabe Dienstag, 27. Juni 1922
Anzeigenpreis: Die Spz. 34 mm breite 1 mm-Breitezeile 3.— Die Spz. 90 mm breite 1 mm-Breitezeile 10.— Ad. Rabatt nach Tarif, Erklärungen Halle-Saale.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 8709, abends von 7 Uhr an Redaktion 6600 und 6610. — Postfachkonto: Leipzig 29 512.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf zum Kurier Nr. 6909. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uebels, Halle-Saale

Regierungsmaßnahmen in Preußen

Die Ausnahmeverordnung des Innenministers — Die Vorgänge im Reichstag wiederholen sich im Landtag

Braun und Severing vor dem Landtag

w. Berlin, 26. Juni.
Vizepräsident Dr. Vorhoff teilt kurz nach Eröffnung der Sitzung mit, daß die Sitzung auf den Nachmittag verschoben werden müsse, da der Minister der Innern eine Regierungserklärung zur Durchführung des Reichspräsidenten abgeben wolle. Danach soll eine Pause von einer Stunde eintreten, während der die Fraktionen Stellung zur Regierungserklärung nehmen können.

Nachmittagsitzung

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung in Verbindung mit mehreren Anfragen, die sich mit der Reichswehr und Schutzpolizei befassen, sowie mit der Auflösung der monarchistischen Organisationen.
Innenminister Braun gibt der Entlassung Ausdruck über die Frage, ob er die Entlassung des Reichspräsidenten ablehnt. Der Reichspräsident hat die Entlassung nicht abgelehnt, sondern hat sie genehmigt. Braun erklärt, daß er die Entlassung nicht ablehnt, sondern sie genehmigt. Er erklärt, daß er die Entlassung nicht ablehnt, sondern sie genehmigt.

Minister Severing: Dieser Vorwurf bezieht sich auf die Verhandlungen mit den Bergarbeitern, eine Hoffnung hinsichtlich des Arbeiterstreikens habe sich seit dem Wortsatz am 1. Juni erfüllt. Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern sind im Gange. Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern sind im Gange. Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern sind im Gange.

Min. Gallmann (Soz.): Die Vorwürfe sind ein Angriff auf die Reichspräsidenten. Die Vorwürfe sind ein Angriff auf die Reichspräsidenten. Die Vorwürfe sind ein Angriff auf die Reichspräsidenten.

Min. Winter (Deutschnat.): (forbauernde vermittelnde und beschwichtigende Zwischenrufe der Kommunisten). Wir haben noch vor wenigen Tagen bewiesen, daß wir eine gemeinsame Front mit dem Reichspräsidenten über die Reichswehrfrage bilden können. Wir werden eine gemeinsame Front mit dem Reichspräsidenten bilden können.

Notwendigen unterstützen. Der Ministerpräsident hat festgestellt, daß er sich nicht gegen die politische Partei wende, sondern gegen die Wähler. Die Regierung aber richtet sich nur gegen rechts. Das heißt nicht, daß die Wähler nicht etwa Ausländer sind. (Erneuter Lärm, wobei die Abgeordneten Schütz, Raß und Schöler (Komm.) weitere Ordnungsruhe erhalten. Präsident Reinert droht, von den Nachmittags der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.) Mit Gewalt kann diese zur Republik nicht erzwungen werden. (Hörsen und Pfeifen links.)

Ag. Dr. Hoff (Zent.): Die vollständig veränderte politische Situation macht neue Mittel notwendig. Es handelt sich nicht darum, daß ein Verbrechen begangen ist, sondern darum, wie dieses zu erklären war. Für den Vorwurf ist nicht nur die Täter dafür zu machen, sondern auch die, welche die Stimmung erzeugten, aus der der Vorwurf hervorgeht. Die Herren von rechts können sich nicht damit herausreden, daß sie die Folgen dieser Sache nicht hätten voraussehen können. Der Vorwurf auf dem Knie ist nicht nur Unrecht gefügt, vielmehr die Sache noch verstärkt. Da gewinnt auch der unerbittliche Mißbrauch, der von der Rechten mit Hinbenburgs Verleumdung in Preußen geübt wurde, ein anderes Gesicht. Selbstverständlich ist nach dem Staatsvertragshof für Rathenau, am nächsten Tage fiele die Schiffe. Jetzt kann es nicht so weitergehen. Die Minister der Republik sind kein Feind. Sie (nach rechts) haben unsere Toleranz in schamloser Weise mißbraucht. Sie haben diese Sache geübt, weil Sie es nicht verhindern konnten, daß Sie die unumkehrbare Kommandogewalt in diesem Sinne verloren haben. Es ist das Gesetz der Stunde, daß ein selbstgezügelter Wolf der Mitte uns aus diesen Zuständen befreit.

Ag. Dr. Kalle (D. Sp.): Wir sind nicht Freunde von Ausnahmebestimmungen, aber nach diesem furchtbaren Ereignis sind sie bitter nötig. Wir müssen in dieser schweren Zeit des Vaterlandes zusammenstehen und gemeinsamer Anwalt der gegen unser Vaterland gerichteten Schläge. Wir bitten die Verhandlungen, rechnen aber darauf, daß das Gesetz gleichmäßig gegen alle angewandt wird, die sich gegen den Staat vergehen. (Zuruf: Warum lassen Sie nicht Republik?) Gegen den Staat, der zufällig Republik ist. In dieser schweren Zeit muß der innere Streit zurückgestellt werden, auch der Streit um die Staatsform. (Zuruf: Volkstäter Monarchist! Quakel!) Alle Freunde des Vaterlandes müssen sich jetzt zusammenschließen, damit wir keinen Schaden aus dem Gange, daß diese Ausnahmeverordnung nicht gemacht hat.

Ag. Dubs (L.) polemisiert gegen den Staatskommissar Großmann, der trotz der ihm zur Verfügung stehenden großen Mittel die Wähler nicht zu verhindern wisse, und bezweifelt, daß die Justiz der Verordnung zur Durchführung beschleunigt werde.

Ag. Reyer-Dreyer (Komm.): Die Person Reichmanns als Träger der öffentlichen Ordnung ist geradezu ein Anreiz für die Gefahr der Mordtaten.

Ein Vertreter des Justizministeriums erklärt, daß die nötigen Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten bereits veranlaßt sind. Allerdings habe die Vollziehung nur ein paar Verurteilungen vorgenommen zu treffen, während die Hauptarbeit dem Ministerium des Innern zufalle.

Ag. Dr. Schreiber (D. Sp.): Der Vorwurf ist aus der Atmosphäre entnommen, welche durch die rechtsstehende Presse erzeugt ist. Wir haben nichts gegen eine Opposition, aber sie muß loyal sein. Wir verlangen, daß die nächsten Kampf gegen jeden Verbrecher gegen die Republik, gleichgültig auf welcher Seite der Verbrecher steht. Wir fordern Zusammenarbeit aller demokratischen und republikanischen Kreise und Befreiung der Jugend darüber, daß wir in Rathenau den besten Bürger verloren haben, und daß es ein Verbrechen ist, das Volk zu politischen Mordtaten aufzureizen.

Ag. Dr. Brecht (Christlichsozial) gibt der tiefsten Enttäuschung über den Vorwurf Ausdruck und betont, daß er bereits vor einigen Tagen Gelegenheit hatte, einen scharfen Strich zu ziehen zwischen seiner Partei und den Sozialdemokraten. Er fordert eine andere politische Gestaltung der jungen Republik als bisher.

Die Reichsregierung ist der Meinung, innerhalb dessen die politischen Gegenstände allein zum Ausdruck kommen müssen.

Es wird nunmehr ein Schlußantrag angenommen und die Anträge gemäß einem Vortrag des Abgeordneten Leibig (D. Sp.) dem Reichspräsidenten zugehen.

Mittwoch 11 Uhr: Ausschuß des Finanzministeriums, keine Vorlagen.

Die preussische Ausnahmeverordnung

Der Minister des Innern Severing erläßt zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 folgende Verordnung:
Die Verordnung des Reichspräsidenten ist im Sinne der in der Verhängung des Reichspräsidenten vom 25. Juni 1922 vom Reichspräsidenten namens der Reichsregierung abgegebene Erklärung zu handhaben.
Im einzelnen wird folgendes bestimmt:

Dollar amtl. 348,56 G.

1. Außer der Landeszentralbehörde sind zu Maßnahmen nach § 1 und § 9 der Verordnung die Oberpräsidenten, für den Bezirk der Stadtgemeinde Groß-Berlin der Polizeipräsident a. d. A. (vgl. § 2 Absatz 1 der Verordnung).

2. Die Oberpräsidenten bzw. der Polizeipräsident in Berlin haben alle Vorkehrungen zu treffen, die zu ihrer rechtzeitigen Unterrichtung über Versammlungen, Aufmärsche und Kundgebungen von Vereinen und Vereinigungen der im § 1 der Verordnung bezeichneten Art, sowie über gemäß § 9 der Verordnung ergehende Gerichtsbeschlüsse erforderlich sind.

3. Von jedem Verbot auf Grund des § 9 der Verordnung ist mit Anzeige zu machen; soll von einem Verbot Abstand genommen werden, so bedarf es meiner Einwilligung.

4. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Bekleidungen nach §§ 3 und 9 gleichzeitig in einem einheitlichen Stile dem Oberpräsidenten bzw. dem Polizeipräsidenten in Berlin, gegen dessen Verbot sich die Bekleider nicht, eingereicht werden. Der Oberpräsident bzw. der Polizeipräsident in Berlin hat die Bekleidungen mit seiner Stellungnahme beschleunigt an mich weiterzuleiten.
Berlin, den 26. Juni 1922.
Der Minister des Innern.
Severing.

Im Anschluß hieran werden zwei Bekanntmachungen des Reichspräsidenten und des Ministers des Innern veröffentlicht, deren Inhalt sich mit den bereits bekanntgegebenen Verfügungen deckt.

Wer schützt die Republik?

Die Presse von der Mitte bis an die äußerste Linke ist in einen Tumult geraten, der sonderbar anmutet. Man überläßt die Deutschnationalen Volkspartei mit Bekleidungen, die aus der Luft gerissen, das Innerste darstellend, was in einem kultivierten Lande überhaupt vorkommen kann. Das Wort „Wörter“ ist noch das harmloseste, was man hört. Was man auch der Zeit vieles zu gute halten, es fragt man: Sind wir vollständig rechts geworden? Bietet uns der Staat einen Schutz mehr, den er den Bürgern schuldig ist? „Der Feind steht rechts“, hat man auch Herr Wirth gesagt. Ist das nicht eine Verkennung der Tatsachen? Wer schützt denn die Republik? Die Unfraktionellen, die heute schreien und sich gebärden, als seien sie die Helden des Tages, oder die alten Beamten, die mit eifriger Pflichterfüllung ihre Arbeit auch in Kriegerzeit fortsetzten und so es erreichten, daß der Staat nicht zusammenbrach? Diese sind es doch, die die heutige Zeit vor allem hochhalten müßte, und gegen diese richtet sich heute die unabhängige und kommunistische Presse vor allen Dingen. Die Deutschnationalen Volkspartei hat es immer und immer wieder ausgesprochen und betont, daß sie niemals der Gewaltpolitik die Hände reinigt, daß sie keine Verfassungsänderung auf dem Wege der Gewalt gutheißt und will. Mit Wort und Tat ist dieses Prinzip bekräftigt; und doch ist es so, daß heute die Sozialisten meinen, wir seien vorgefahren.

Die große Gefahr, die droht, steht nicht rechts, sondern links. Man braucht nur die unabhängige und kommunistische Presse zu sehen, um zu sehen, wie sie im Trüben fischen. Die Kommunisten haben immer wieder versucht, die Republik zu hängen, aber half das hindern? Der Geist, den sie heute aus Meer und Wolke verströmen möchten, um dann um so sicherer ihr Ziel zu erreichen. „Ausbau auf Blutbad“ wurde angeordnet unter der Arbeiterpartei (nämlich von den „Monarchisten“), so schreibt der „Massenkampf“. Wer hat das ungeheuerliche Blutbad der Weltgeschichte angeordnet? Geht nach Stuttgart, wo Millionen hineingeschickt wurden auf das Geheiß derer, die die heute brühen, Menschenfreunde zu sein. Wahrheit, die Republik ist in Gefahr, wenn die Regierung auf diesem Wege fortfährt und den Kommunisten nicht auf die Finger zeigt. Und dazu, daß die Gefahr für die Republik unermesslich wird, hilft die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, die aus dem Drange der Zeit geboren, ihre volle Berechtigung hat, aber da sie nur gegen rechts gerichtet, das Innere freie Hand läßt, große Gefahr in sich birgt. Das kommunistische Ideal von der Diktatur des Proletariats (in Wirklichkeit Diktatur über das Proletariat) soll nach dem Willen der Unfraktionellen Verwirklichung finden. Die Kommunisten haben im Reichstage auch deutlich gesagt, warum sie für die Ausnahmeverordnung sind, nämlich, weil die politischen Ideale allmählich begämen, ihren eigenen Untrieben

ut
rut
hol-
16.
1.
Dr.
oy
n
Domine
nachhine
auf der
schlittlich
belin
e,
sittant,
u ber
ernten
die Ge
11.
lang.
110.

Wichtig zu werden. Nicht, weil sie die Verfassung schützen wollen, sondern, weil sich die Verordnung ausschließlich gegen eine ihnen mißliebige Partei richtet, deshalb stimmten sie zu, um so erst freie Hand zu bekommen.

Zu Anfang findet zuerst der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre statt, und das Urteil wird nach allem zu erwarten, daß die Verurteilung zu Tode gemindert werden. In Deutschland wieder ist die kommunistische Partei mit den Sozialdemokraten an denen die meisten Gemäßigten den Tod gefürchtet haben. Fronte des Schicksals. Jedes Mittel ist den Kommunisten recht, und die Sozialdemokraten scheinen nicht zu bemerken, daß sie zum Sprungbrett benutzt werden sollen. Die Augen werden ihnen auf- und übergeben, dann, wenn Massenverbrecher vom Schlage Köhl aus dem Justizhaus befreit sind, aber dann wird es zu spät sein.

Noch einmal, die Gefahr ist riesengroß. Der Feind steht links! Er tritt tief heimlich und offen. Wird man es rechtzeitig erkennen? □□

Was sie fordern

v. Chemnitz, 26. Juni.

Die Vertreter der drei Arbeiterparteien und der freigeistlichen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen haben, wie der „Kämpfer“ berichtet, heute folgendes Telegramm an die Reichsregierung gefandt:

„Sämtliche politischen und freigeistlichen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen des Chemnitz-Industriebezirks fordern von der Reichsregierung die unumkehrliche Durchführung folgender Maßnahmen: Sofortige Amnestie für die proletarischen Kämpfer, sofortiger Abtritt der Generals, Entfernung des Generals v. Seidl sowie aller offenen und verkappten Monarchisten aus Reichswehr und Reichsangehörigen, sofortige Republikanisierung der Militär- und Polizeimacht, rückwirkende Durchführung der angelegentlich und getroffenen Maßnahmen gegen Antirepublikaner und sofortige Auflösung des Reichstages.“

Die sächsische Regierung hat an den Reichstagsler Dr. Bittel folgendes Telegramm geschickt:

Die Hofstadt von der Ermordung des Reichsministers Rathenau hat die Regierung des Freistaates Sachsen mit ihrer Trauer und Empörung erfüllt. Nach dem höchsten, ungeschwungenen Wort am Abgeordneten Erberger ist jetzt ein neues, unerhörtes Verbrechen von den nationalsozialistischen Freisten (F) begangen worden. Nach ist der Anschlag auf den Abgeordneten Scheibemann angefaßt. Der Mordanschlag an Rathenau wirkt um so erschütternder, als er einen Mann trug, dessen reiches Wissen anerkannt wurde und der mit feinem Willen im Begriff war, den gangbaren Weg für Deutschland aus dem Meer der Privilegien zu finden. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist mit dem Herrn Reichstagsler der Meinung, daß es sich bei dem Mordanschlag um einen besonders anstößigen, organisierten Mord handelt, der von den nationalsozialistischen Parteien begangen worden ist. Sie heischt die Erwartung aus, daß die Reichsregierung alles tun wird, um neue Verbrechen zu vermeiden, und glaubt, daß bei voller Wahrung der Meinungsfreiheit doch alles getan werden muß, um der nationalsozialistischen Gefahr Einhalt zu tun und die geheimen oder offenen staatsfeindlichen Organisationen zu unterdrücken. Die Regierung des Freistaates Sachsen hat nun sich als bereits alle Vorbereitungen gemacht gemacht und getroffen und ist bereit, die Reichsregierung in ihrem Kampfe gegen die kontroversiellen Verbrechen mit Hilfe der Arbeiterkraft zu unterstützen. Sie spricht der Reichsregierung die herzlichste Teilnahme für den erlittenen schweren Verlust aus und bittet, dies auch der Familie Rathenau zu übermitteln. (S. 2) Leipzig, 26. Juni.

Ministerpräsident Graf Rechenowitsch sprach der Reichsregierung zu der Ermordung Rathenaus seine warmste Teilnahme aus unter der Betonung, daß die Mordtat bei allen rechtlich denkenden unserer Völker entschiedene Verurteilung finde.

Auch die nationalsozialistische Regierung hat der Reichsregierung ihre aufrichtigste und tiefste Anteilnahme ausgesprochen.

r. Freiburg (B.), 26. Juni.

Am Anfuhr an eine von den sozialistischen Parteien einberufene Parteiverammlung durchzogen größere Truppen

Frau Else

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Mohrstedt.

Der Wagen liegt sich in Bewegung, die Räder verankern in dem tiefen Sand; über die einfürmige Gegend legen sich Licht und grau die ersten Schatten der Dämmerung. Eine eigenartige Schwermut liegt über einer märchenhaften Landschaft; alles ist hoch und still wie im Walden ausgepaßt. Der Himmel blaß, zu dem die dünnen Meeren aufsteigen, das rötliche Gelbrot und das Schilf an den kleinen, allgegenwärtigen Wasserläufen bringen poetisches Wehnel in das Bild. Schön kann es nur der engere Natur finden; aber wenn die letzten Sonnenstrahlen das einfache Bild vergolten, ist es nicht ohne Reiz.

Der Großherzog wies mit der Reithose auf die Umgebung: „Wie viel müssen Sie hier zuerst entbehren haben, anständige Frau? Die blauen, blühenden Hügel der Berge, die herrlichen Schwärzblumen, das üppige Grün und die Blüten überall. Regen ist der Eindruck hier frohlos!“

„Ich muß die Wart oder Liebeswunden, weil es die Heimat meines Jüngers ist.“

Sie haben ganz recht, auch beeinflussen sie die äußeren Einflüsse, die mich herum umgeben, enttäuscht und unglücklich sind; ein in sich gefesteter Geist läßt unempfindlich bewegen. Ich wünsche nichts inniger, als daß Sie es gefunden hätten!“

Die junge Frau hielt die blassen Wimpern tief gefenkt; man konnte dann nicht erraten, was in ihrem Innern vorging. „Wird es überhaupt ein vollkommenes Glück?“ fragte sie gebannt. „Ich habe jedenfalls kein Glück, was mich bedrückt.“

„Gnädige Frau!“ Der Großherzog überwand das zaudernde Schwere, das er oft so heimlich empfand, wenn er erregt wurde. „Ich habe dies Alleinsein mit Ihnen gesucht, damit Sie mir eine Frage beantworten: Sie haben sich doch gewiß Ihre kleine Aufzucht bedauert. Ist es das Unglück meiner Werbung gewesen, das Sie Ihren Gatten in die Arme führte? Ich war doch fast täglich mit Ihnen zusammen und habe niemals etwas von einer Neigung zu Ihnen bei Ihnen bemerkt.“

„Ein liebeskindliches Mädchen, das selten schon eine bestimmte Meinung.“

Die Straßen, wobei es verheißelbar zu Kampfbereitungen kam. Die Demonstrationen erregten vielfach die Einseitigkeit der anlässlich eines Regimentestages ausgeübten (S. 2) a. r. g. w. e. i. s. z. o. n. Die Fahnen wurden dann zum Teil sofort verbrannt. Bei einem Zusammenstoß zwischen Zeitungen des Regimentes und Demonstrationen kam es zu Mißhandlungen. Ein Teil der Fächer konnte verschafft werden. Sie waren teilweise aus Offenbarung und Mannheim zugereift.

Bauern gegen die Verordnung des Reichspräsidenten

v. München, 26. Juni.

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Landtage eine Interpellation eingebracht, in der sie die Reichspräsidenten erlassen Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juni 1922 Stellung genommen und die wichtigsten Bedenken gegen diese Teile in die Debatte über die jüngsten Länder eingeleiteten Bestimmungen eingebracht worden.

Verhaftungen in Berlin und im Reich

Auf Grund der Ausfagen verschiedener Leute und auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind in Berlin zahlreich Verhaftungen vorgenommen worden, vor allem von 10 Personen, die mit der Organisation C in München in Verbindung stehen sollen. Wie wir erfahren, sind 9 davon bereits wieder entlassen worden. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Kassel wurde in München der Sozialdemokrat Hoffmann verhaftet, der beschuldigt wird, an dem Attentat auf Scheibemann und Rathenau beteiligt gewesen zu sein. Hoffmann bestritt entgegen, daß er mit beiden Taten irgend was zu tun habe; am Tage des Überfalls auf Scheibemann sei er außerhalb bei seinen Eltern zur Teilnahme an der Hochzeit seiner Schwester gewesen.

In Pienburg wurde auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten der Bruder des Oberleutnants Hoffmann, der bekanntlich des Wortes an Erberger beschuldigt wird, Kapitänleutnant Karl Zilleßen, verhaftet, wie es heißt auf Grund der Angaben, die der Reichsjustizminister Abgeordnete Wels gegen im Reichstag über die Zugehörigkeit Kapitänleutnants Hoffmann zu einer geheimen Vorbereitung gemacht hat.

Dresden, 26. Juni.

General Meeder ist am Sonntag nach der Beschuldigung, am monarchistisch-nationalistischen Komitee beteiligt zu sein, verhaftet worden. Nach mehrstündigem Verhör wurde er jedoch wieder freigelassen.

Nach einer Sonnenfeier wurde am Sonntagabend der Korvettenkapitän von Abendroth, der Reichsdeputierten-Gruppe Sachsen des Verbandes nationaler Arbeiter, verhaftet. In diesem Falle ist eine Zeilhaftung nicht erfolgt.

Trauerfeiern in den Schulen

v. Berlin, 26. Juni.

Vom Unterrichtsministerium sind am Tage der Beisetzung des Ministers Rathenau oder einem der nächstfolgenden Tage für sämtliche Schulen kurze würdige Trauerfeiern angeordnet worden.

Die preussische Staatsregierung hat sich für ihre sämtlichen Behörden den von der Reichsregierung gegebenen Anordnungen betr. die Teilnahme an Proteststreiks am Tage der Beisetzung des Ministers Dr. Rathenau angegeschlossen.

Ein Gefecht in Oberschlesien

v. Bautzen, 26. Juni.

Eine lebhafte Schießerei setzte heute früh gegen 4 Uhr in der Richtung Pöberg und Scherke ein. Eine heftige Dampfraketendetonation, Gewehr-, Maschinengewehr- und Revolvergeschüsse wurden hörbar; die Schreie der Wunden hörten. Es ist jetzt, wurde ein Verstoß über die polnische Grenze verhängt. Durch einen Gegenstoß wurde ein Heberzweigen verhindert.

v. Wollburg, 26. Juni.

In der dritten Zone wurde gefechen der Flaggenechsel vollzogen. In der Stadt Wollburg herrschte Unruhe unter der Bevölkerung, als die deutsche Flage aufgezogen wurde. Heute zieht die Reichswehr ein.

Deutscher Reichstag

v. Berlin, 26. Juni.

Die Vorlage, durch welche das Wohnraumangelgesetz bis zum 31. März nächsten Jahres noch verlängert wird, wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über die Abgrenzung der Reichsfinanzverwaltung und der Entwurf über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren. Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes zur Verlängerung der Schlichtung. Der Ausschuss schlägt verschiedene Änderungen vor, die von der Reichsregierung für Grundründe nicht für gut befunden werden. Der Entwurf über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren wird zum Ausschuss der Grundstücke bis zu zehn Prozent ausgesetzt. Dieser Anschlag der Reichsfinanzverwaltung soll den Reichsfinanzministern entgegen.

Reichsfinanzminister Wreuss meldet sich gegen einen der Verordnungsanträge, die von verschiedenen Parteien eingebracht sind. Dem Grundgedanken eines Verordnungsantrages siehe die Regierung nicht abweichend gegenüber, aber der sie auch schon in der Vorlage gegeben.

Dr. David (Sog.) hofft, daß die im Ausschuss beschlossene Ausdehnung des sozialen Rechtsschutzes auf Wirtschaften mit geringem Gehalt bestehen bleibt. Er beantragt eine Erweiterung des Beschäftigtenbegriffes durch die Deputierten landwirtschaftlicher Arbeiter bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres dem Deputierten aus vollen Benutzung verbleibt.

Abg. Osgemann (Zentrum) wünscht einen größeren Spielraum in Vertragsfreiheit und empfiehlt mehrere dahingehende Abänderungen. Die Reichsregierung hat eine Ausweisung der Beschäftigten auf die Übernahmung nach vor Ablauf der Beschäftigung.

Abg. Stern (USP) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag zu Gunsten der Deputierten.

Abg. Krell (Dem.) tritt für einen demokratischen Antrag ein, der den mittleren Bauern, die während der Krieges ihre Wirtschaften verpacken mußten, die Möglichkeit geben will, ihre eigene Scholle wieder mit den inzwischen herangezogenen eigenen selbst zu bebauen. Wenn diese Möglichkeit geschaffen wird, könnten die Demokraten auch für die zehn Reichsbeschäftigten stimmen; sonst müßten sie beantragen, diese Menge auf 200000 herabzusetzen.

Abg. Widmer (S. P.) fordert streng politische Anwendung der Beschäftigungsgesetze für Richter und Verpächter. Die Weibchen seiner Partei gegen die zehn Reichsbeschäftigten nicht beistimmen. Deshalb werden sie für den demokratischen Antrag 7 1/2 Stimmen geben.

Abg. Weidmann (Sog.) Der Landarbeiter, der die Kaufkraft nach den Lebensmittelpreisen trägt, wird durch die Vorlage nicht beistimmen. Der Richter bleibe nach wie vor den Großgrundbesitzern ausgeliefert.

Unter Ablehnung der Abänderungsanträge der Sozialdemokraten, die dem Antrag des Herrn Stern, ebenso auf in dieser Lesung. Die Sitzung wird darauf abgebrochen, weil die Aufhebung Rathenaus im Sitzungssaal vorbereitet werden soll.

Präsident Loeb wird den Zeitpunkt der nächsten Sitzung bestimmen.

Am Abend werden die Vereinbarungen der deutschen und polnischen Regierungen mit der internationalen Kommission für Oberfließen über gewisse Fragen der Rechtsüberleitung beraten. Die Vorlage wird in allen drei Beratungen und in der Gesamtsitzung ohne Erweiterung einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung beginnt um 1 Uhr. Einiger Vorschlag, das Protokoll, Gehaltsüberhöhung für Beamte und Arbeitsnachweisgesetz, Getreideumlage.

Präsident Loeb teilt mit, daß laut Beschluß des Reichstages die Aufhebung der Reichsfinanzverwaltung stattfinden werden, aber die ganze nächste Woche freibleiben werde, weil sonst die Finanzverwaltung, die Volkswirtschaft, das Gewerbe und die Geschäftstätigkeit sowie das Gesetz zum Schutze der Republik und das Amnestiegesetz nicht erledigt werden könnten. Endgültige Beschlüsse würde der Reichstag erst am Freitag fassen.

Generalstreik auch in der Provinz

Die Anfuhr der sozialistischen Parteien und Organisationen, von Dienstag mittig bis Mittwoch mittig in einen ständigen Generalstreik anlässlich der Ermordung Rathenaus zu treten, haben selbstständig auch in unserer Provinz Widerhall gefunden. Es haben bereits am Sonntag überall Protest- und Demonstrationen stattgefunden. In den Provinzen, in Bitterfeld, Merseburg, Gießen, Götting, Greppin, Gungelshausen u. a. wurde die Durchführung des ständigen Generalstreiks beschlossen.

schönebare Judringlichkeit: Alles, was das Leben schünes und Gutes bringen kann, möchte ich zu einem Trau zusammenfinden für sie, Frau Else. — Ich habe überstanden, aber vergessen hat die Tage meines Jugendtraums, trotz der grauenhaften Enttäuschung, niemals.“

„Ich danke Euer Königliche Hoheit“, sagte sie einfach, „und erwidere Ihnen guten Wunsch von ganzem Herzen, das Glück, das Sie nicht erreicht haben, erwidere uns immer am schönsten, weil die Wirklichkeit es niemals meines Zaubers entziehen hat.“

„Eine traurige Wahrheit.“

So langsam der Blick auch abwärts fuhr, die Richter des erdruften Hofes schimmerten ihnen doch jetzt durch die lichtgraue Dämmerung entgegen, zwei mächtige Beschäftigten waren ihren roten Schlei über den weichen, fleckbeuteten Weg. Der Oberst und die Herren des Hofes vorantreten warteten vor dem Portal, um den Großherzog zu empfangen. Rainer fand hinter der Treppe, ein trieb eingekleidet, was ihn ausließ. Als jäh unter das Erstaunen des fürstlichen Wagens etwas verpörrte, fürstete er schon einen Unfall bei des Hofes umhüllten Großherzog. Gott sei Dank, die hinterer aber schon die Gläsern am Gehäuf und die Zuder hogen um die Erde. In demselben Augenblick, in dem der Schein der Beschäftigten ihnen die Augen blendete, fiel das im Hof aufgestellte Maßwerk zum fliegenden Spiele ein. Die verdorrten Webe, welche füllten, daß keine feste Sand sie, wie sonst, regierte, sondern mehr mit den Hügeln spielte, warfen die Köpfe auf und mochten eine scharfe Wendung, die den hohen Wogen bedenklich ins Schwanken brachte, dann drängten sie ungeflüht rüdrwärts, in dem roten Licht, das sie ängstigte, auszuweichen. Die Offiziere eilten schnell die Stufen hinunter, um zu helfen, die Damen wollten aufsteigen, aber Rainer, der unten liegend, der wachte war, über ihn brachten und hatte mit seinem Griff die Stufen herabgezogen. Gott sei Dank, die hinterer aber schon die Gläsern am Gehäuf und die Zuder hogen um die Erde. In demselben Augenblick, in dem der Schein der Beschäftigten ihnen die Augen blendete, fiel das im Hof aufgestellte Maßwerk zum fliegenden Spiele ein. Die verdorrten Webe, welche füllten, daß keine feste Sand sie, wie sonst, regierte, sondern mehr mit den Hügeln spielte, warfen die Köpfe auf und mochten eine scharfe Wendung, die den hohen Wogen bedenklich ins Schwanken brachte, dann drängten sie ungeflüht rüdrwärts, in dem roten Licht, das sie ängstigte, auszuweichen. Die Offiziere eilten schnell die Stufen hinunter, um zu helfen, die Damen wollten aufsteigen, aber Rainer, der unten liegend, der wachte war, über ihn brachten und hatte mit seinem Griff die Stufen herabgezogen. Gott sei Dank, die hinterer aber schon die Gläsern am Gehäuf und die Zuder hogen um die Erde. In demselben Augenblick, in dem der Schein der Beschäftigten ihnen die Augen blendete, fiel das im Hof aufgestellte Maßwerk zum fliegenden Spiele ein. Die verdorrten Webe, welche füllten, daß keine feste Sand sie, wie sonst, regierte, sondern mehr mit den Hügeln spielte, warfen die Köpfe auf und mochten eine scharfe Wendung, die den hohen Wogen bedenklich ins Schwanken brachte, dann drängten sie ungeflüht rüdrwärts, in dem roten Licht, das sie ängstigte, auszuweichen. Die Offiziere eilten schnell die Stufen hinunter, um zu helfen, die Damen wollten aufsteigen, aber Rainer, der unten liegend, der wachte war, über ihn brachten und hatte mit seinem Griff die Stufen herabgezogen.

„Nehmen Sie an, daß sowohl ihrem Herrn Schwager, der mir einen höchst hypothetischen Eindruck macht, wie auch mich, der solche Bewegungen leidet; die unnütze, herabziehende Anteilnahme an Ihrem Glück und bezaubert sie deshalb die

